

# Der Ammersbeker



SPD

Januar 2012

## Sanierung der Sporthalle in Hoisbüttel

Im November 1983 wurde sie mit einem großen Fest eingeweiht, eine im Sporthallenbau erfahrene Firma hatte sie uns schlüsselfertig hingestellt, als Mehrzweckhalle für Veranstaltungen aller Art für ca. 900 Besucher zugelassen.

Die Halle mit 27 x 45 m ist zu unterteilen in 3 Spielfelder, es gibt Tribünen für die Zuschauer, Umkleide- und Sanitärräume.

Die Kosten einschließlich des neuen Parkplatzes am Büldenbarg betragen ca. 4,3 Mill. DM, die Gemeinde brauchte davon „nur“ 2,6 Mill. aufzubringen, Bund, Land und Kreis beteiligten sich, sogar aus der Zonenrandförderung gab es noch Zuschüsse.

Die Schule und die Sportvereine nutzten die Halle intensiv, fast rund um die Uhr. Nur selten musste sie gesperrt werden, z.B. im Winter 2010 wegen 20 cm Schnee auf dem Dach. Ein Statiker hält wegen der Einsturzgefahr nur 15 cm schweren Schnee für verantwortlich.

Im Mai 2010 hatte ein verhältnismäßig kleiner Brand in Müllsäcken im Eingangsbereich weit reichende Folgen: Ruß und Brandgeruch wurde durch die Lüftungsanlage in die Halle und Nebenräume geleitet. Ein Gutachter bescheinigte, dass neben der Behebung der Schäden durch den Brand umfangreiche Sanierungen erforderlich sind, z.B. muss die Halle brandschutztechnisch vom Umkleidetrakt abgetrennt werden. Um wenigstens die Nutzung der Halle für den Sportbetrieb zu ermöglichen, wurde diese Trennung provisorisch hergestellt. Zum Waschen und Umkleiden müssen die Räume in der kleinen Turnhalle genutzt werden.

Die Brandverhütungsschau durch die Ingenieurin des Kreises ergab, dass Rettungswege und Leitungsführungen nicht die aktuellen Anforderungen erfüllen.

Das mit der Kostenermittlung für die Sanierung beauftragte Architektenbüro stellte außerdem erhebliche Mängel bei der Bauausführung fest: Hinter den Wand- und Deckenverkleidungen wurde ein unübersichtliches Gewirr von Kabeln und Leitungen größtenteils unvorschriftsmäßig verlegt, die Akustikdecke in der Halle ist „nicht die, die bestellt wurde“, auch sie erfüllt nicht die Anforderungen an den Brandschutz.

Nachdem die Kosten auf dem Tisch lagen, wurde deutlich, dass die Genehmigung für eine weitere Nutzung als Mehrzweckhalle u.a. den Einbau einer Brandmeldeanlage für ca. 90.000 € voraussetzt.



Der Bauausschuss entschied, diesen Betrag einzusparen und die Nutzung – wie langjährig praktiziert - auf den reinen Sportbetrieb mit max. 200 Zuschauern zu beschränken. Für den vorgeschriebenen Brandschutz müssen verschiedene Mängel beseitigt, die Fluchtwege umgebaut und die Sicherheitstechnik auf den neuesten Stand gebracht werden. Außerdem soll die Dachdecke erneuert werden, so dass sie Schneelasten standhält.

Die Gemeindevertretung beschloss, die Investitionskosten in Höhe von 2.150.000 € in den Haushalt 2012 einzustellen und über einen Kredit zu finanzieren.

Angesichts dieser Belastung wird z.Zt. auf die Ausführung eines zeitgemäßen Wärmeschutzes und die Modernisierung der Nasszellen verzichtet. Ein Neubau würde nicht billiger kommen: er würde 4,5 Mill. € kosten, plus 0,5 Mill. € für den Abbruch.

## Neubau in der Georg-Sasse-Straße/Hamburger Straße.

Am 13. September 2011 fand in den Räumen der Kirchengemeinde eine frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit über die 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr.14 statt.

Diese Änderung soll die Voraussetzung schaffen für eine Bebauung auf den brachliegenden Grundstücken an der Hamburger Straße Ecke Georg-Sasse-Straße.

Der Bürgermeister teilte mit, dass zwischen der Eigentümerin und der Gemeinde Gesprächsbereitschaft über die Bebauung des Grundstückes besteht. Das Ziel ist die Erstellung von Wohnraum in zweigeschossigen Gebäuden für ältere und jüngere Bürger, im Erdgeschoss mit einer Ladenzeile. Der bisherige Entwurf sieht vor, eine Verlängerung des Gebäudes der Sparkasse in Richtung U-Bahndamm und zwei Einzelgebäude in Würfform, beidseitig der Einmündung Hamburger Straße/Georg-Sasse-Straße, zu erstellen.

Die Eigentümerin möchte das Gebäude mit der Gaststätte und den Läden (z.Zt. Backshop und Leerstand) und das ehemalige Weindpot erhalten.



Aus der Versammlung erhielt der Bürgermeister viel Zustimmung für diese geplante Bebauung. Zugleich wurden aber auch viele Wünsche und Anregungen geäußert:

- an den Läden eine Flaniermeile mit einem Cafe,
- die Verbreiterung des Fuß- und Radweges an der Hamburger-Straße und Georg Sasse Straße,
- eine Werbetafel für die Gewerbetreibenden mit einer integrierten elektronischen Parkanzeige für die noch vorhandenen freien Stellplätze in der P+R-Anlage,
- wenn es möglich ist, sollte die alte Fassade vom „Lottbeker Krug“ wiederhergestellt werden, um ein besonderes historisches Lokal in Ammersbek zu haben,
- ein direkter Fußweg von der P+R Anlage zur U-Bahn.

Der vorliegende Bebauungsplan-Entwurf sagt nur aus, wie es sein könnte. Wenn auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Weg bis zur Genehmigung keine Hindernisse auftauchen und die Gespräche zwischen Gemeinde und Eigentümerin weiterhin fruchtbar verlaufen, stünde einem Baubeginn nichts mehr im Wege.

## Zuschuss zur Schülerbeförderung

Die Einführung einer Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten ist gegen den Willen der SPD-Kreistagsfraktion eingeführt worden.



Im Kreistag gab es keine Mehrheiten für die Elternbeteiligung, deshalb hat der Innenminister des Landes die zwangsweise Einführung durchgesetzt. Danach müssen die Eltern für das erste Kind 20% der Kosten für eine Schüler-Monatskarte bezahlen, für alle weiteren Kinder entfällt die Beteiligung.

Die getroffene Regelung gilt für die Schüler, die mehr als vier Kilometer von der nächstgelegenen Schule der gewählten Schulform wohnen. Wer näher dran wohnt, muss für die Fahrkarte den vollen Preis zahlen.

Davon sind einige Familien im Schäferdresch betroffen. Sie können einen Zuschuss zu den Fahrkosten bei der Gemeindeverwaltung Ammersbek beantragen. Die Gemeindevertretung hat bereits vor Jahren auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen, für die dunkle Winterzeit von November bis April 50% der Kosten zu erstatten. Diese Regelung gilt auch weiterhin.

## Schulwegsicherung

Die Förderung für Langzeitarbeitslose ist durch bundesgesetzliche Änderungen eingestellt worden. Deshalb musste die Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Stormarn mbH (BQS) zum Ende des Jahres geschlossen und der von ihr organisierte Busbegleitservice eingestellt werden. Weil es immer wieder Probleme mit dem Verhalten von Schülerinnen und Schülern auf dem Weg zur bzw. von der Schule in den Bussen gibt, hat die Verwaltung im Auftrag des Kreisverkehrsausschusses Schulen, Schulträger und Elternvertretungen in einem Informationsschreiben vom November 2011 die verschiedenen Ansprechpartner benannt für den Fall, dass sich Konflikte nicht vor Ort lösen lassen.

So ist die jeweilige Gemeinde zuständig für die Bushaltestellen. Im Bus selbst und bei Fahrplanfragen ist es das Verkehrsunternehmen (in Ammersbek: Autokraft und Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein - VHH).

Dieses Schreiben liegt allen Schulen vor und ist inzwischen an die Eltern weitergeleitet worden.

## **Zuschuss zur Tagespflege beschlossen**

Das Kinderförderungsgesetz von 2008 stellt die Betreuung in der Tagespflege (Tagesmutter/-vater) der Betreuung in einer Einrichtung ( Krippe ) gleich. Die Eltern können sich entsprechend ihren Bedürfnissen für eine der Betreuungsformen entscheiden. Die Elternbeiträge für die Tagespflege sollen sich dabei an denen für die Krippe orientieren.

Für die Tagespflege ist der Kreis zuständig und damit auch für den Elternbeitrag und die Sozialstaffel-Ermäßigung. Im Kreis Stormarn müssen Eltern für die Tagespflege etwa ein Drittel mehr bezahlen als für einen Krippenplatz. Damit die Ammersbeker Eltern die garantierte Wahlmöglichkeit auch tatsächlich haben, hat die Gemeindevertretung auf Antrag der SPD-Fraktion einstimmig beschlossen, dass die Gemeinde den Differenzbetrag zwischen den Elternbeiträgen für eine Tagespflegebetreuung (bis zur Höhe von 3,85 € pro Betreuungsstunde) und den Elternbeiträgen für eine Krippenbetreuung (z.Z. 2,50 €) erstattet.

Der Zuschuss wird ab Jahresbeginn, ggf. rückwirkend, auf Antrag gezahlt. Das ist eine schnelle Hilfe für die Eltern, denn die Schaffung neuer Einrichtungen braucht Zeit.

Im Juni 2011 hat die SPD-Fraktion einer Erhöhung der Steuerhebesätze nur zugestimmt, wenn die zusätzlichen Einnahmen für die Kinderbetreuung in der Gemeinde eingesetzt werden.

Für die Bezuschussung wurden 70.000 Euro in den Haushalt 2012 aufgenommen.

## **Kinderbetreuung wird ausgebaut**

Das 2008 in Kraft getretene Kinderförderungsgesetz schreibt den Ausbau eines qualitativ hochwertigen Betreuungsangebotes vor. Ab August 2013 hat jedes Kind ab dem ersten bis zum dritten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung.

Dafür soll es bundesweit im Durchschnitt für 35% der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz in der Krippe oder bei der Tagesmutter geben. Auch wenn der zukünftige Bedarf schwer einzuschätzen ist, zeichnet sich jetzt schon ab, dass die angestrebten 35% in Ammersbek nicht ausreichen werden. Die Gemeinde geht davon aus, dass ein Bedarf für 60% der unter 3-jährigen realistisch ist.

Der Sozialausschuss hat sich deshalb intensiv mit der Bedarfsermittlung, aufgeschlüsselt nach Ortsteilen, und der Planung der weiteren Maßnahmen beschäftigt.

Auch die Hortbetreuung erfordert weitere Anstrengungen seitens der Gemeinde.

Insbesondere im Bereich Bünningstedt und der Siedlung Daheim/Heimgarten fehlen Plätze. Im letzten Jahr hat Ahrensburg die bisherige Regelung geändert und nimmt nun die Ammersbeker Schüler, die die Reesenbütteler Schule besuchen, nicht mehr im Hort auf. Für die betroffenen Familien wurde eine kurzfristige Lösung beschlossen, eine langfristige Regelung steht aber noch aus.

Der SPD-Fraktion war vor allem wichtig, konkrete Schritte für den Ausbau des Betreuungsangebotes festzulegen.



Beschlossen wurde der Anbau an die DRK-Kindertagesstätte „Fliegenpilz“, der damit noch eine Krippengruppe aufnehmen kann. Eine weitere Krippengruppe soll in der Ev.-Luth. Kindertagesstätte spätestens bis August 2012 eingerichtet werden.

Ein Architektenbüro wurde beauftragt, ein Konzept für den Standort Lottbek zu erstellen. Dafür sollen die Räume der Schule, der Kindertagesstätten und des Jugendtreffs einbezogen werden zur Deckung des Bedarfs in den Bereichen Krippe, Hort, Offener Ganztagschule und der Jugendbetreuung. Ebenso wird eine mögliche Erweiterung der Kindertagesstätte Bünningstedt geplant, um den absehbaren Raumbedarf von Krippe, Hort und außerschulischer Betreuung unter einen Hut zu bekommen.

Weitere Maßnahmen sind der Ausbau der außerschulischen Betreuung an der Grundschule Bünningstedt, die mittelfristig zur Offenen Ganztagschule erweitert werden soll, und die Ausweitung des Angebots während der Ferien in der Offenen Ganztagschule Hoisbüttel.

Diese Beschlüsse wurden von allen Fraktionen unterstützt und einstimmig verabschiedet.

## „...und täglich grüßt das Defizit“

Was sich leider nicht vorteilhaft entwickelt, sind die Finanzen der Gemeinde. Die hoch gelobte Riesenschwemme an Steuereinnahmen – dank einer brillanten Konjunktur – hat die Gemeinden in Schleswig-Holstein leider nur als tröpfelndes Rinnsal erreicht. Der von Ammersbeks SPD-Fraktion initiierte Appell der Gemeindevertretung an die Landesregierung, der Aufhalsung neuer, teurer Pflichtaufgaben auch die nötigen Euro in der Gemeindekasse klingeln zu lassen, verhallte ohne Wirkung.

Die Landesregierung nimmt starken Einfluss auf die Ausgaben der Gemeinden und die Höhe ihrer kommunalen Steuern. So gibt sie den Gemeinden Mindesthebesätze für Grund- und Gewerbesteuer vor. Werden diese nicht eingehalten, verlieren sie die Chance auf eine Fehlbetragszuweisung aus der ebenfalls leeren Landeskasse. Eine Fehlbetragszuweisung ist aber lediglich ein Zuschuss zur Minderung des Jahresverlustes; es wird also nicht etwa der gesamte Verlust ausgeglichen.

Was die Landesregierung von den Kommunen erwartet, lässt sich im Internet unter ‚Kommunaler Finanzausgleich‘ nachlesen:

*„Konsolidierungshilfen werden unter der Bedingung gewährt, dass die betroffenen Kommunen ihre eigenen Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung deutlich intensivieren, mit dem Ziel langfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Insgesamt müssen die Kommunen alle Anstrengungen unternehmen, um die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten zur Optimierung ihrer Verwaltungsstrukturen auszuschöpfen und so maximale Effizienzrenditen zu erwirtschaften. Neben der konsequenten Fortsetzung interner Optimierungen kommen hierfür insbesondere weit reichende Kooperationen und gegebenenfalls freiwillige Fusionen in Betracht.“*

Kein Wort darüber, dass die Landesregierung die jährlich mehr als 100 Mio. € wieder zurückgibt, die sie den Kommunen vor Jahren zum Segen des eigenen Haushalts abgezwickelt hat. Wozu ist man Gesetzgeber?

Auch kein Wort darüber, dass den Gemeinden ruinöse Verpflichtungen für Kinderbetreuung aufgelastet wurden. Ammersbek wird dafür in diesem Jahr rd. 1.200.000 € für den laufenden Betrieb ausgeben. Und dazu kommen noch die Kosten für neue Krippenplätze in der DRK-Kita und in Bünningstedt.

Inzwischen haben ein Landkreis und eine Stadt stellvertretend für alle Kommunen Kommunalverfassungsbeschwerde beim Landesverfassungsgericht eingereicht.

Es geht darum, die Kommunen rechtlich wirksam

vor neuen Aufgaben ohne entsprechenden Kostenausgleich zu schützen.

Für das Jahr 2012 wird mit einem Bilanzverlust von 600.000 € gerechnet.

Über die Sanierung der Sporthalle in Hoisbüttel haben wir auf Seite 1 berichtet. Weitere Belastungen des Ammersbeker Gemeindefiskus sind schon sehr konkret:

- weitere gesetzlich vorgeschriebene Hort- und Krippenplätze müssen her
- viele Straßen sind reparaturbedürftig,
- eine systematische laufende Unterhaltung der Gebäude der Gemeinde gibt es wegen Geldmangels seit Jahren nicht mehr.

Für das Jahr 2012 hat der Landrat des Kreises Stormarn zwar den Haushaltsplan der Gemeinde genehmigt. Er betont aber, die Gemeinde **„muss“** weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Einnahmen und Beschränkung der Ausgaben treffen, sonst verliert sie ihre dauerhafte Leistungsfähigkeit.“ (s. oben unter *Kommunaler Finanzausgleich*.)

Der Landrat hält es weiter für „unerklärlich, warum die Gemeinde trotz der desolaten Finanzsituation nicht gewillt ist, z.B. die Hundesteuer entsprechend nach oben hin anzupassen.“

*Manfred Raeder*

## Wahlversprechen eingelöst

Im Mai 2008 brachte die Kommunalwahl die Wende: Die große Mehrheit der Wähler stimmte für ein Politikangebot, das nicht in großen Teilen von Ammersbeker Einzelinteressen bestimmt ist. Sie wollte vielmehr eine Gemeindeplanung, in deren Mittelpunkt die Frage steht, wie sich Menschen in Ammersbek das Wohnen in ihrer Gemeinde vorstellen.

Der schwierigste Teil des Wahlprogramms ist geschafft. Das Innenministerium in Kiel hat die 7. Änderung des Flächennutzungsplanes - kein großflächiges Bauen in Lottbek mehr - ohne Vorbehalte oder Auflagen genehmigt. Es hat damit klassisches Recht der Kommunen bestätigt: Planungshoheit ist im gesetzlichen Rahmen Sache der Gemeindevertretungen.

Teil des planerischen Richtungswechsels ist auch ein Leitbild für die Wohnungsentwicklung bis 2025, das eine Verdichtung des Wohnungsbaus, auch durch die Bebauung auf sog. Pfeifenstielgrundstücken, weiterhin zulässt.

Die Vorarbeiten zur 7. Änderung haben übrigens gezeigt, dass nicht für jeden Arbeitsschritt ein bezahlter Sachverständiger engagiert werden muss. Es gibt viel Sachverstand unter den Ammersbekern, der kostenfrei aktiviert werden kann.

*Manfred Raeder*

## Moor gerettet?

90% der ursprünglich in ganz Schleswig-Holstein vorhandenen Moorfläche sind bereits verloren gegangen. Übrig geblieben ist wenig: 7,3 % der Landesfläche sind Niedermoorböden und 1,9 % Hochmoorböden. Und die sind extrem gefährdet, vor allem durch eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft, aber auch durch Flussregulierungen und Entwässerungen. Dabei sind Moore Speicher für Kohlenstoff und wirken damit dem Klimawandel entgegen. Einen kleinen Moorrest hat die NABU-Gruppe Ammersbek bei der Sanierung eines Amphibiengewässers im Heidkoppelmoor (am Anfang des Lottbek-Stausees) gefunden. Daraus könnte sich wieder ein Moor entwickeln, wenn die Voraussetzungen stimmen.

Eine wichtige Voraussetzung, nämlich gleichmäßig hohe Wasserstände und mehr Licht, konnten die Baggerarbeiten im November schaffen. Nötig ist aber auch eine entsprechende Regulierung der Wasserstände für das viel größere Kesselmoor, das eigentliche Heidkoppelmoor. Die Bemühungen hierfür sind zwar längst aufgenommen, Maßnahmen konnten aber noch nicht umgesetzt werden. Der Schutz vor dem Trockenfallen des Moores würde nicht nur dem Klima helfen, sondern auch den Moorfröschen, die sich im Frühjahr während der Balz blau färben; Libellen und gefährdete Moorpflanzenarten würden ebenfalls profitieren.

*Franziska Hieke*

## Stormarns Geschichte

Das Kreisarchiv ist das lebendige Gedächtnis eines Kreises. Das Stormarner Kreisarchiv ist landesweit beispielhaft aktiv, es bietet eine Vielzahl von Quellen für die Forschung, die Heimatkunde oder auch für die Familiengeschichte. Wer in die Geschichte Stormarns, einzelner Gemeinden oder in andere Fragestellungen intensiver einsteigen möchte, kann im Internet unter [www.kreisarchiv-stormarn.de](http://www.kreisarchiv-stormarn.de) bei einem ersten Einstieg fündig werden oder sich darüber hinaus telefonisch beraten lassen.

Impressum:

Verantw.: SPD Ammersbek, Bramkampredder 139

[www.spd-ammersbek.de](http://www.spd-ammersbek.de)

Redaktion: Gabriele Last, Manfred Raeder, Ingeborg Reckling, Sven Schäfer, Rita Thönnies

Druck:

**WirmachenDruck.de**

Sparen Sie bis zu 50% beim Druck!

## Biogasanlagen in Ammersbek?

Viele Einwohner befürchten Geruchs- und Verkehrsbelästigungen und eine Wertminderung ihrer Grundstücke, wenn eine Biogasanlage in der Nähe ihrer Häuser entstehen würde. Warum sagt die Gemeinde Ammersbek nicht einfach „Nein“ zum Bau von solchen Anlagen?

Aber einfach „Nein“ sagen geht nicht.

Nach dem Gesetz haben alle Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe das Recht, oder das Privileg, Einrichtungen für ihren Betrieb ohne aufwändige Genehmigungsverfahren zu bauen.


Das gilt auch für Biogasanlagen bis zu einer Leistung von 500 Kilowatt. Jeder der 14 privilegierten Ammersbeker Betriebe könnte im Umkreis von 300m um seine Hofstelle eine solche Anlage errichten, die vom Kreis genehmigt würde. Die Gemeinde hat kaum ein Mitspracherecht dabei. Abstände zur Wohnbebauung oder zu Naturschutzgebieten müssen nicht eingehalten werden.

SPD und Grüne haben die Möglichkeit genutzt, die das Gesetz bietet, um Mensch und Natur besser zu schützen. Indem die Gemeinde Kriterien festlegt und im Flächennutzungsplan so genannte Konzentrationsflächen ausweist, die für Biogasanlagen eher verträglich wären, kann Ammersbek vor einem 'Wildwuchs' dieser Anlagen bewahrt werden. Bisher ist ein solches Verfahren nur für Windkraftanlagen praktiziert worden, SPD und Grüne beschreiten damit einen neuen Weg.

Es geht nicht darum, in Ammersbek eine Biogasanlage zu bauen, sondern die Möglichkeiten zur Regulierung zu nutzen um auszuschließen, dass in Ammersbek an allen möglichen Standorten diese Anlagen entstehen können. Es geht um die Beschränkung auf die Standorte (es verbleiben sechs Hofstellen), die die vorgegebenen Kriterien erfüllen: Mindestabstand von 200m zu Wohnbebauung, Naturschutzgebieten und Gewässern.

Ohne eine entsprechende Änderung des Flächennutzungsplans wäre die Schaffung der Konzentrationsflächen nicht möglich. Das Innenministerium des Landes muss diese Änderung genehmigen. Das geschieht aber nicht, wenn die Planung keine oder nur geringe Möglichkeiten für Biogasanlagen auf Gemeindegebiet vorhält, denn das wäre eine unerlaubte „Verhinderungsplanung“, wie es die CDU der SPD und den Grünen bereits vorgeworfen hat. Wenn das Innenministerium die Genehmigung des Plans verweigern sollte, würde der Kreis wieder alles genehmigen.

In der Pressemitteilung des Landesnaturschutzverbands Schleswig-Holstein e.V. (LNV) vom April 2011 heißt es dazu:

„Der LNV begrüßt die planerischen Vorgaben der Gemeinde Ammersbek. Das gemeindliche 

Konzept ist landesweit vorbildlich, um dem Wildwuchs der Biogasanlagen entgegenzutreten. Die Landesregierung ist gefordert, ihre Planungsinstrumente auch auszunutzen. Sie hat es in der Hand und kann den Maisanbau in Schutzgebieten verbieten, Wasserschutzgebiete ausweisen, Gewässerrandstreifen vorgeben und die gute fachliche Praxis in der Landwirtschaft per Verordnung konkretisieren.“

## Timmerhorner Teiche - wie geht's weiter?

Seit der Versteigerung des Geländes „Timmerhorner Teiche“ im Ortsteil Rehagen/Schäferdresch haben sich Gemeindevertreter und Verwaltung, aber auch Polizei, Feuerwehr und THW mit den Vorgängen auf dem Gelände beschäftigen müssen. Angefangen mit der ungenehmigten Baumfäll-Aktion im Herbst 2010 und nächtlichem Schreddern der Äste, dem Überlaufen der Teiche im Februar 2011 mit drohendem Dambruch bis zum unsachgemäßen Ablassen des Teiches, bei dem viele Fische verendeten.



Vor diesem Hintergrund ist klar, dass alle Vorgänge rund um das Gelände von Anwohnern und Politik sehr aufmerksam verfolgt werden. Auf Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen hat die Gemeindevertretung kurzfristig am 5. Januar 2012 getagt und die Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes und anschließend eine Veränderungssperre für das Gebiet beschlossen. Hintergrund ist ein Rechtsstreit, in dessen Verlauf der Kreis die Rechtsunwirksamkeit des bisherigen Bebauungsplans Nr. A1 rund um die Timmerhorner Teiche erklärt. Grund ist ein Formfehler, der im alten B-Plan entdeckt wurde.

Auch wenn der Flächennutzungsplan weiter seine Gültigkeit behält, möchten die Gemeindevertreter von SPD und Grünen sicher gehen, dass die Gemeinde das Heft des Handelns in der Hand behält und die Ammersbeker über die Planung und die Nutzung des Gebietes selbst entscheiden.

Planung braucht Zeit. Eine Veränderungssperre für das Gebiet gibt den Gremien und den Anwohnern mindestens zwei Jahre Zeit, gemeinsam zu diskutieren, wie eine zukünftige Nutzung gestaltet und das Teichgebiet geschützt werden kann. Da eine Veränderungssperre nur zur Sicherung einer Planung erlassen werden kann, musste zunächst die Aufstellung eines B-Planes beschlossen werden.

Die Planungsziele für den neuen B-Plan entsprechen denen des bisherigen: ein verbindlicher Bebauungsplan, der die Bebauungsmöglichkeiten begrenzt und auch Freiflächen schützt. Als weitere Planungsziele wurden formuliert:

- Die Sicherung der Binnenfischerei (*damit die Teiche erhalten bleiben*) und der Fläche für den Gemeinbedarf / kirchliche Einrichtung und/oder soziale Zwecke (*damit die Kirche ihre Gestaltungsmöglichkeiten auf dem Kirchgrundstück behält*)
- die Gewährleistung der Staupflichten (*damit die Teiche nicht endgültig abgelassen werden oder überlaufen*)
- der Erhalt und Schutz der Naherholungsfunktion, insbesondere der vorhandenen Grünflächen sowie der Gewässerlandschaft mit der verbundenen Strusbek
- Schutz vor Flächeninanspruchnahme (*damit die Grünflächen an den Teichen erhalten bleiben, wie wir bereits im Leitbild festgelegt haben*)

Entgegen der Unterstellung der CDU-Fraktion, die SPD wolle nun einer massiven Bebauung die Tür öffnen: Das Gegenteil ist der Fall - es ging lediglich darum, schnell wieder klare rechtliche Verhältnisse zu schaffen.

## Teiche: wie ich es sehe

Der nicht endende Wunsch der Investoren, die Uferländer der Timmerhorner Teiche zu bebauen, schwebt immer noch über dem Ortsteil Schäferdresch/Rehagen.

Für mich zählen die Teiche als fester jahrhundertalter Bestandteil dieses Ortsteils und ich möchte nicht, dass die Teiche einer modernen Investorengruppe zum Opfer fallen. Es geht uns Bürgern wie auch der Flora und Fauna etwas verloren, etwas was niemals wieder so entstehen kann. Die hier von Anwohnern gesichteten Tierarten wie Fischadler, Seeadler und nun auch ein Fischotter, der leider nur als Totfund auftauchte, zeigt mir, dass hier etwas Wertvolles besteht und wir es auch so erhalten sollten.

Das Konzept der Innenverdichtung zeigt doch am Beispiel des Alten Teichwegs und des Tannenkoppelwegs, dass die SPD Ammersbek den richtigen Weg eingeschlagen hat und auch junge Familien in Ammersbek Platz finden, ohne dass neue große Baugebiete entstehen müssen. Sicherlich, es gibt auch den Ausspruch `Stillstand ist Rückschritt`, aber man sollte den Preis des Fortschrittes immer im Auge behalten, denn die Investoren wohnen nicht hier, die ziehen nach getaner Arbeit weiter und lassen uns mit den Folgeproblemen allein.

Holger Lehmann

## 25 Jahre Kreistag

Sigrid Kuhlwein, direkt gewählte Kreistagsabgeordnete aus Ammersbek, wurde im Juni letzten Jahres für 25 Jahre Kreistagsarbeit gewürdigt. Als Vorsitzende des Kreisverkehrsausschusses (seit 1990) hat sie eine Fülle



von wichtigen Aufgaben mitentschieden, unter anderem die Neuorganisation des öffentlichen Personennahverkehrs, dazu gehörten die Aufgabenträgerschaft durch den Kreis, Neuschneidung von Buslinien, Einführung von Anrufsammel-Taxen und die Attraktivitätssteigerung der U-Bahn U1 sowie die EU-rechtlich vorgeschriebenen Ausschreibungen von Verkehrsleistungen. Kuhlwein: "Kaum ein Thema bewegt die Leute so stark wie das ÖPNV-Angebot, da gibt es weiterhin viel zu tun."

Ihr zweiter Schwerpunkt ist die Kulturpolitik. In der Kulturstiftung Stormarn der Sparkasse Holstein ist es besonders die Gegenwartskunst und deren Präsentation im Ahrensburger Marstall oder der Trittauener Wassermühle. Im letzten Jahr feierte sie gemeinsam mit der Stormarner Künstlerinitiative, die sie von Anfang an begleitet hat, deren 20jähriges Bestehen und erinnerte an viele gemeinsam realisierte Kunstprojekte.

## Ortsvereinsvorstand gewählt



hinten, v.l.n.r. Peter Weiss, Tobias von Pein (MdL-Kandidat), Bettina Schäfer, Sven Schäfer  
vorne, v.l.n.r. Gunter Last, Gabriele Last, Rita Thönnies, Ingeborg Reckling, Franziska Hieke, Manfred Raeder

Auf der Jahreshauptversammlung des Ammersbeker SPD-Ortsvereins wurde der Vorstand für die nächsten zwei Jahre gewählt. Vorsitzende ist wie bisher Rita Thönnies, auch die stellvertretende Vorsitzende Ingeborg Reckling und Gabriele Last als Schriftführerin wurden in ihrem Amt bestätigt. Neu im Vorstand sind Sven Schäfer als Schatzmeister und Peter Weiß.

## Wir haben Abschied genommen

Am 2. März verstarb **Rudolf Merten** im Alter von 87 Jahren, er war 50 Jahre Mitglied der SPD. Für die ehemalige Gemeinde Hoisbüttel hat er sich von 1962 bis 1974 im Bauausschuss und im Schul- und Sozialausschuss engagiert.

Nachdem Rudolf mit 59 Jahren Rentner wurde, fand er Zeit, seine Stimme nicht nur in der SPD Ammersbek zu erheben, sondern damit auch den Chor des Kulturkreises zu verstärken.

Am 9. April ist **Werner Brockmann** verstorben, er lebte seit seiner Geburt 1936 in der Siedlung Daheim/Heimgarten und wurde hier 1969 Mitglied der SPD. Seit 1978 wählten ihn die Nachbarn immer wieder mit großer Mehrheit als „ihren“ Abgeordneten in die Gemeindevertretung Ammersbek, der er bis 2003 angehörte. Hier galt sein besonderes Engagement dem Bau- und dem Hauptausschuss. Nicht nur seine Fraktionskollegen wussten seine Orts- und Fachkenntnis in der Bauleitplanung und seine abgewogenen Beurteilungen zu schätzen.

**Hellmut Ebeloe** verstarb am 4. Oktober im Alter von 81 Jahren. Er gehörte fast 60 Jahre der SPD an und zeigte seine Verbundenheit durch seine Teilnahme auf manchen Veranstaltungen.

**Friedrich-Wilhelm Wollenberg** ist im September 2011 kurz vor seinem 90. Geburtstag verstorben. Er vertrat von 1974 bis 1983 die SPD im Ausschuss für Soziales, Jugend und Kultur.

Als Mitbegründer des Ammersbeker Kulturkreises war er 13 Jahre dessen Vorsitzender und förderte hier besonders die darstellende Kunst. Er spielte hervorragende Rollen in den Theaterinszenierungen und im hauseigenen Kabarett, gestaltete Musikabende am Cello, verfasste Gedichte und Vorträge mit viel Humor und Ironie.

„Fiete“ Wollenberg war es, der 1975 die erste Ausgabe unserer Zeitung „Der Ammersbeker“ unter dem Namen „Nachrichten für Bünningstedt und Hoisbüttel“ mit ausschließlich eigenen Artikeln und kritischen Kommentaren herausgab.

**Jürgen Panzer** starb kurz nach seinem 78. Geburtstag am 12. Januar 2012.

Er gehörte über 30 Jahre der SPD an und vertrat sie 15 Jahre im Umweltausschuss. Mit viel Engagement setzte er die Theorie in praktischen Naturschutz um: Knicks wurden fachgerecht gepflegt, Kraniche, Seeadler und Fledermäuse bewacht. Mit seinem Fachwissen begleitete er die Anpflanzung der Obstwiese am Ortsrand von Hoisbüttel. Er spürte fast vergessene Sorten auf und sorgte durch beständige Pflege der jungen Bäume dafür, dass sie blühen und Früchte tragen und so vom Aussterben bewahrt bleiben.

## Tobias von Pein aus Lütjensee als SPD-Landtagskandidat

Schon bald wird in Schleswig-Holstein wieder ein neuer Landtag gewählt. Nachdem ein neues Wahlgesetz vom Landtag auf den Weg gebracht wurde, steht nun der Termin für die Neuwahl des Landtags fest: Am 6. Mai 2012 entscheidet sich Schleswig-Holstein, welche Partei in Zukunft die Landespolitik gestalten soll. Mit Torsten Albig haben sich die Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein bereits einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten bestimmt. Jetzt haben die Mitglieder hier vor Ort ihren Direktkandidaten des Wahlkreises Stormarn-Mitte aufgestellt. Wir stellen ihn hier kurz vor.

Tobias von Pein engagiert sich bereits seit Jahren für die SPD und die Kommunalpolitik hier in unserer Region. Nun will er sich verstärkt einbringen und dafür sorgen, dass es wieder eine sozialdemokratische Vertretung des Wahlkreises Stormarn-Mitte im Landtag gibt.



Der 26-Jährige gelernte Großhandelskaufmann und Sozialökonom ist SPD-Vorsitzender in Lütjensee und im dortigen Gemeinderat aktiv. 2002 trat er in die SPD ein und gestaltete lange Zeit die Arbeit der Jusos Stormarn als Kreisvorsitzender. Inzwischen ist er Beisitzer im Kreisvorstand der SPD Stormarn. Beruflich ist er beim DGB-Bildungswerk in Hamburg tätig und gibt Seminare für angehende Betriebsräte.

„Mit meiner Kandidatur möchte ich dazu beitragen, dass Politik wieder attraktiver und transparenter wird.“ begründet Tobias von Pein seine Motivation.

Schwerpunktmäßig möchte sich Tobias von Pein im Landtag um die Themen Arbeit und Wirtschaft kümmern. „Ich möchte mich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen und dafür sorgen, dass Lohndumping bekämpft wird. Außerdem brauchen wir Investitionen in mehr Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit in der Wirtschaftspolitik.“ Zu einer guten Vertretung im Landtag gehört auch, nicht nur im Wahlkampf, sondern auch vorher und nachher für Bürgerinnen und Bürger ansprechbar zu sein. Deshalb möchte Tobias von Pein die Wahlkreisarbeit wieder beleben: „Politik muss zum Anfassen sein. Deshalb will ich mich für mehr Transparenz einsetzen.“

## Langjährige Mitglieder geehrt



v.l.n.r. Franziska Hieke, Tobias von Pein, Ingeborg Reckling, Grete Merten, Rita Thönnies, Elsa Raeder

In gemütlicher Atmosphäre hat der SPD-Ortsverein Ammersbek am 1. Dezember seine langjährigen Mitglieder geehrt. Im „Pferdestall“ überreichten Rita Thönnies und Ingeborg Reckling für den Vorstand die Urkunden und Ehrennadeln. Grete Merten nahm die goldene Nadel für den im Frühjahr verstorbenen Rudolf Merten entgegen, dem posthum für 50 Jahre Treue zur Partei gedankt wurde. Elsa Raeder wurde für 40 Jahre und Franziska Hieke für 25 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Die weiteren Jubilare für 10, 25 und 40 Jahre in der SPD, die an dem Abend nicht teilnehmen konnten, werden ihre Urkunden natürlich nachträglich erhalten. Auch Tobias von Pein war bei der Feier dabei und zeigte sich beeindruckt von der lebendigen Arbeit im Ammersbeker Ortsverein. Im Anschluss gingen die Mitglieder mit Gulaschsuppe und Kuchen an der festlich geschmückten Tafel in den „Klönschnack“ über und ließen den gelungenen Abend ausklingen.

### Termine:

Sitzung der Gemeindevertretung  
Dienstag, 14. Februar 2012, 19.30 Uhr  
im Saal des Pferdestalls.

EhrenamtMesse Stormarn  
Sonntag, 12. Februar 2012, 11-18 Uhr,  
Sporthalle und Turnhalle der Grundschule  
Hoisbüttel

„Parteien zur Landtagswahl“  
Vorstellung der Kandidaten  
Mittwoch, 18. April 2012, 19.30 Uhr im Saal des  
Pferdestalls,  
Veranstalter: Ammersbeker Bürgerverein



**Ich will hier rein!**  
Mitglied werden in der SPD.

[www.eintreten.spd-ammersbek.de](http://www.eintreten.spd-ammersbek.de)